

Für Biobauern werden Weiden zum Wendepunkt

Brüssel schiebt Ausnahmen von der Weidepflicht im Biolandbau einen Riegel vor. Österreich kämpft um ein Jahr Aufschub. Hinter den Kulissen gehen die Wogen hoch.

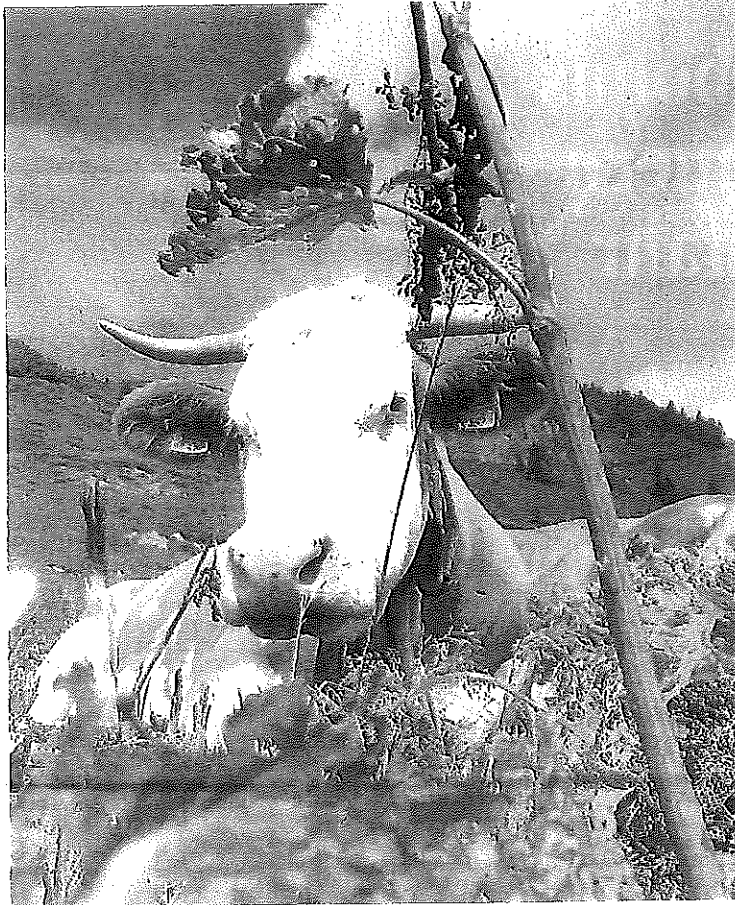
Verena Kainrath

Das ist reine Willkür von Brüsseler Schreibtischhütern. Da kann ich nicht mehr mit.“ Vor 28 Jahren stellte ein Landwirt aus Niederösterreich seine Milchwirtschaft auf Bio um. Im April legte er den Biostatus ab nachdem ihm die EU „praktisch überhaupt“ strengere Regeln für die Weidehaltung vorschrieb. 50 Tiere hat er im Stall. Auslauf haben sie rund um die Uhr, eine Weide in der Größe, wie sie die Kommission für richtig hält, jedoch nicht. Sein Besitz sei weit übers Dorf hinaus verstreut und der Hof zwischen zwei stark befahrenen Straßen eingeklemmt, erzählt der Landwirt. Gut 300 Tiere müsse er sein Vieh diese entlangtreiben, um auf steiles, schattiges und feuchtes Grünland zu kommen, das als Futterplatz nicht viel hergibt.

In einigen Jahren wollte er einen neuen Stall mit besserem Zugang ins Grünland bauen. Doch die EU lässt keine längere Übergangsfrist zu. „Die neuen Auflagen haben uns überrollt, ich bin gezwungen, die Reißleine zu ziehen.“ Der Landwirt sieht sich damit nicht allein. Jede Woche geben derzeit durchschnittlich fünf Biobetriebe die Viehwirtschaft auf, rechnet Otto Gasselich, Vize-Obmann der Bio Austria, vor.

Österreichs Bauern sind auf Brüssel schlecht zu sprechen. Vor allem wenn es um ihr Vieh geht. Drei Jahre ist es her, seit die EU-Kommission die Betriebe über ein Audit auf Herz und Nieren prüfte. Hiesige Landwirte werden im Bio international als Vorreiter gehandelt. Dennoch ließ Brüssel an ihrer Erhaltung vielerorts kein gutes Haar. Bei Rind, Schaf, Ziege oder Pferd: Haben deren Fleisch und Milch Biostatus, will die EU sie allesamt ganzjährig täglich auf der Weide sehen.

Das kann Österreichs Biobranche aber nicht flächendeckend bieten. Viele Bergbauern lassen die Tiere den Sommer über auf der Alm, den Winter verbringen sie bei zeitweisem Auslauf angebunden im Stall. Andere Höfe sind mitten in Ortsgebieten und durch Bundesstraßen oder Gleise vom Grünland getrennt. Ausnahmen von der Weidepflicht, die Österreich durchaus großzügig gewährte, sind seit heuer auf ein Minimum reduziert. Ab 2021 sollen sie eschichte sein. Macht Brüssel ernst, müssen 5000 Biolandwirte ihren Betrieb neu ausrichten.



Wie viel Zeit auf der Weide steht einer Biokuh zu? Die EU-Kommission will sie täglich und ganzjährig im Grünen sehen.

Entsprechend gereizt wird zwischen Wien und Brüssel verhandelt, zahlreiche Rechtsgutachten machen die Runde. Gestern, Dienstag, erging ein Brief an die EU-Kommission. Absender sind die Ministerien für Gesundheit und Landwirtschaft. Beide ersuchen die EU darin um mehr Zeit: Statt 2021 sollen die strengeren Regeln erst 2022 gelten. Derweil sollen Nutztieren unbefestigte Auslaufweiden zur Verfügung stehen. Eine Antwort wird im Oktober erhofft.

Einblick in den genauen Inhalt des Schreibens erhielt die Biobranche keinen. Dass die EU sogenannten Bewegungsweiden zustimmt, die meist nur ein, zwei Stunden Auslauf am Tag gewähren, bezweifelt sie. Österreich verliere damit die Chance auf Spielraum.

Angst vor Strafzahlungen

Das Szenario, das Experten skizzieren: Brüssel gibt Österreich ein Jahr Schonfrist, rückt aber nicht von seinen Auflagen ab 2022 ab. Diese besagen: Im Stall belassen dürfen Bauern ihr Vieh nur, wenn Witterung, Beschaffenheit des Bodens und Jahreszeit den Weidegang nicht erlauben. Der Trumpf, den die EU in der Hand hält, sind androhte Strafzahlungen von bis zu 100 Millionen Euro aufgrund bisher falsch ausgelegter Regeln. Davon Abstand nehmen will sie nur, wenn Österreich ihre strengeren Auflagen bedingungslos akzeptiert, wird in der Politik spekuliert.

Wolfgang Pirklhuber, Sprecher der IG-Biokontrollstelle, sieht gute Betriebe von der EU zu Unrecht an den Pranger gestellt. Wichtige Errungenschaften des Biolandbaus kämen gerade unter die Räder. „Ein zeitlicher Aufschub allein ist keine Lösung.“

Alarmiert gibt sich die Fleischindustrie. Sie warnt intern vor Engpässen bei Biorindfleisch, da Betrieben damit verbundene Investitionen über den Kopf wachsen. Auch Johann Köllinger von der Vereinigung der Milchverarbeiter erwartet sich Flexibilität. „Wir wollen keinen laxen Umgang mit Biostandards. Man muss sich die Bedingungen, unter denen Bauern arbeiten, aber schon im Detail ansehen.“

Wifo-Experte Franz Sinabell zweifelt daran, dass Brüssel bei an sich einheitlichen Spielregeln in der EU weiter ein Auge zudrückt. „Als Konsument assoziiere ich Bio mit Weidehaltung.“

Liste klimaschädlicher Subventionen lässt weiter auf sich warten

Finanz- und Landwirtschaftsministerium wollen Arbeit in Taskforce abwarten – Auch Klimaschutzministerium bleibt säumig

Nora Laufer

Von der Mineralölsteuerbefreiung in der Binnenschifffahrt und im Flugverkehr über die pauschale Dienstwagenbesteuerung bis zur Förderung von Beschneidungsanlagen oder der Grundsteuerbefreiung von Verkehrsflächen: Viele Teilbereiche klimaschädlicher Subventionen und Förderungen sind bekannt, deren Umfang basiert aber größtenteils nur auf Hochrechnungen. Nach wie vor ist die Gesamtsumme unbekannt.

Zwar wurde im Vorjahr auf Druck einer Umwelt-NGO eine Teilliste jener klimaschädlichen Subventionen und Förderungen im Verkehrssektor veröffentlicht. Seither wurde es still um das Thema, geblockt wird vielerorts. Damals bezifferte die Regierung die Summe mit jährlich 3,25 Milliarden Euro. Das bildet aber

eben nur einen Teil jener Maßnahmen ab, die kontraproduktiv für das Klima sind und dennoch vom Staat gefördert werden. Denn nach wie vor fehlen die Listen zu den Bereichen Landwirtschaft, Gebäude, Abfallproduktion und Chemikalien.

Wie berichtet, schieben Finanz- und Klimaschutzministerium die Verantwortung für die finale Zusammenstellung der Liste hin- und her. Während Klimaministerin Leonore Gewessler (Grüne) das Finanzressort von Gernot Blümel (ÖVP) als Hauptverantwortlichen betrachtet und auf den entsprechenden Passus im nationalen Energie- und Klimaplan verweist, will Blümel die Ergebnisse der Arbeit der Taskforce für die Ökosteuerreform abwarten.

Wie DER STANDARD in Erfahrung bringen konnte, sieht der Prozess vor, dass nach Erstellung der Teilliste im Bereich Verkehr, die

Landwirtschaft am Zug sei – und damit ÖVP-Ministerin Elisabeth Köstinger. Dem Vernehmen nach hat ihr Ressort einmal zu dem Thema getagelt, daraufhin wurde der Prozess offenbar eingefroren, eine Liste aus dem Ressort wurde nie veröffentlicht. Auch dort will man das Thema erst im Rahmen der Taskforce behandeln und diese mit notwendigen Informationen unterstützen, heißt es aus dem Ministerium.



Aber auch das Ressort von Gewessler – die selbst in der Vergangenheit für die Abschaffung klimaschädlicher Subventionen plädierte – hat noch Arbeit vor sich. So hat ihr Ministerium die Teillisten für die Sektoren Gebäude, Abfallwirtschaft und Chemikalien erst zu erstellen. Auf die Frage, wieso das noch nicht geschehen sei, verwies eine Sprecherin auf die ausstehende Liste von Köstinger. Nach Gesprächen mit dem Finanzressort wolle man den Prozess nun jedenfalls erneut „mit Leben befüllen“, die eigenen noch säumigen Aufflistungen sollen nun in Angriff genommen werden. Wann mit einer Veröffentlichung der ausstehenden Listen zu rechnen sei, konnte die Sprecherin auf Nachfrage nicht beantworten.

Wohl keine Liste vor 2021

Nachdem die Umsetzung erster Schritte der ökosozialen Steuerreform für 2021 geplant sind und die Arbeit der Taskforce Corona-bedingt ins Stocken geraten ist, wird die Erstellung der Liste wohl noch auf sich warten lassen.

Nicht mehr warten wollen die Klimaaktivisten von Fridays for Future. Diese machten am Dienstag in

mastreik aufmerksam, der am Freitag stattfindet. In Wien sind acht Demonstrationen von 80 Organisationen geplant, weltweit wird in 2500 Orten gestreikt. Mit dem Motto „Maske rauf, Emissionen runter“, wollen die Organisatoren trotz Pandemie auf ihr Anliegen aufmerksam machen. Bei der Veranstaltung sollen hundert Personen darauf achten, dass der Abstand eingehalten und Masken getragen werden.

Die Klimaaktivisten haben vor der Wienwahl drei Forderungen an die künftige Stadtregerung formuliert: Sie fordern einen Ausstieg aus Gas, den Stopp fossiler Großprojekte und eine starke Verkehrsreduktion. „In der Stadt ist es nicht notwendig, ein Auto zu haben“, sagte die 17-jährige Aktivistin Viviane Wörther am Dienstag. Eine neue Verordnung der Bildungsdirektion für den Streik gibt es heuer nicht. Die Organisatoren gehen daher nicht davon aus, dass wieder ganze Schulklassen im Rahmen von Exkursionen teilnehmen werden.

Die jungen Klimaschützer werden am Freitag unter anderem von mehreren Umweltschutz-NGOs unterstützt, aber auch die Eisenbahner-Gewerkschaft und „Doctors for